

Liebe Freund*innen und Mitstreiter*innen,

nach längerer ‚Funkstille‘ von unserer Seite, auch aus aktuellem Anlass, melden wir uns zurück mit einem Rundbrief in Sachen Uran/-bergbau.

Der **Krieg in der Ukraine** hat das Augenmerk auf die Verflechtung der bundesdeutschen und der EU-Energieversorgung auf die Energierohstoffe gelenkt, zunächst auf Gas und Öl, danach auch auf Uran: rd. 40% des in der EU verbrauchten Urans kommen aus Russland (ca. 20%) und dem Russland als nahstehend betrachteten Kasachstan (weitere ca. 20%). Sollte es zu einer Sanktionierung des Uranbezugs aus diesen Ländern kommen, oder sollten sie ihrerseits beschließen nicht mehr an ‚den Westen‘ zu liefern, muss dafür – zumindest bis andere Energiequellen, z.B. regenerative Energien ausreichend verfügbar sind – Ersatz aus anderen Ländern gefunden werden: mit den Folgen befasst sich der untenstehende Artikel „*Der Krieg in der Ukraine – Öl, Gas, Uran und Indigene*“ (ursprünglich für den COYOTE verfasst).

Der **Uranpreis** ist auf dem Spotmarkt innerhalb der vergangenen Jahre zwar gestiegen – musste aber nach Anstiegen auch immer wieder ein Absinken verzeichnen, und liegt heute (13.07.2022) bei 47,70 USD /Pfund. (siehe: <https://tradingeconomics.com/commodity/uranium>).

Während Investoren-websites raten, in Uranaktien zu investieren, da sie einen Boom glauben zu sehen bzw. diesen herbeireden möchten, sieht die **Realität** anders aus: Die **Zahl der AKWs nimmt** – trotz einer angeblichen – Renaissance der Atomkraft, **abgesehen von China, ab**, der Anteil der Atomkraft an der weltweiten Stromproduktion sank. (siehe World Nuclear Industry Status Report 2021, S. 43, Figure 1; <https://www.worldnuclearreport.org/>).

Sehr unerfreulich ist die **Entscheidung des europäischen Parlaments** (EP), Atomkraft und (auch fossiles) Gas mit einer Entscheidung **in Sachen Taxonomie** am 6. Juli als ‚nachhaltig‘ zu klassifizieren, obwohl am 16. Juni sowohl der Umweltausschuss als auch der Wirtschaftsausschuss des EP sich dagegen ausgesprochen hatten. Die eigene Plattform des EP für nachhaltige Finanzen hatte bereits früher im Jahr die Idee, Atomkraft und Gas als nachhaltig zu klassifizieren, stark kritisiert.

Die EU Taxonomie ist damit höchst unglaubwürdig geworden, da sie nun allen Energieerzeugungsformen ein ‚grünes‘ Label verpasst.

Die Auswirkungen dieser Entscheidung in der realen Welt bzw. in der Finanzwelt bleiben abzuwarten (siehe auch Interview von CSU-MdEP Ferber in der Zeitschrift *Capital*: „Einfach allem ein grünes Etikett zu geben, ist doch Selbstbetrug“, www.capital.de/wirtschaft-politik/csu-politiker-kritisiert-gruenes-label-fuer-gas-und-atomkraft-32524030.html).

Zu weiteren uranbezogenen Themen und Entwicklungen werden wir in Kürze berichten.

Bitte vergessen Sie nicht unser Spendenkonto:

MENSCHENRECHTE 3000 e.V., Volksbank Freiburg, IBAN DE14 6809 0000 0021 3357 03,

Stichwort: AG uranium-network.org; Spenden sind steuerabzugsfähig.

Unsere Arbeit ist rein ehrenamtlich.

Daten und Fakten aus nachfolgendem Artikel können gerne verwendet werden,
BITTE nicht den gesamten Artikel wörtlich übernehmen – ggf. mit mir Rücksprache halten.

Erstveröffentlichung Ende Juli im COYOTE, Zeitschrift der Aktionsgruppe Indianer und Menschenrechte (AGIM), München (<https://aktionsgruppe.de/tiki-index.php>).

Der Krieg in der Ukraine - Kohle, Gas, Uran und Indigene

Vielleicht wundert sich die eine oder der andere darüber, dass hier das Thema „Krieg in der Ukraine“ aufgegriffen wird ... der doch mit den Indigenen der Welt anscheinend wenig zu tun hat.

Wie so oft – der Schein trügt. Leider hat der Krieg¹ und der damit einhergehende Kampf um (Energie-) Rohstoffe Auswirkungen auf Indigene Völker – die häufig an der ‚Frontlinie‘ zwischen Rohstoffvorkommen und jenen stehen, die sie abbauen wollen.

Energierohstoffe Kohle, Gas, Uran ...

Bald nach Beginn des Ukraine-Krieges am 24. Februar 2022 wurden Sanktionen gegen den Bezug von Gas und Öl aus Russland diskutiert – erst am 30. Mai kam es innerhalb der EU zu einem eher halbherzigen Embargo: bis Ende des Jahres sollen mehr als zwei Drittel der russischen Öl-Lieferungen in die EU mit einem Einfuhrverbot belegt werden. Deutschland bezieht rd. 12% des Öls aus Russland.

Das Problem mit Sanktionen und Embargos besteht unter anderem darin, dass andere Quellen für Öl, Gas und auch für Uran gefunden werden müssen.

Beispiel: Embargo gegen Kohle aus Russland ... Ersatz durch Kohle aus Kolumbien?

Die BRD importiert – trotz Klimaschädlichkeit – Kohle aus dem Ausland, und will mehr davon importieren um sanktionierte Energierohstoffe zu ersetzen. Scurril: Es wurde bekannt, dass Kanzler Olaf Scholz mit Kolumbiens Staatschef Ivan DUQUE telefonierte², um Kohle für deutsche Kraftwerke aus dem umstrittenen El Cerrejon-Kohlebergwerk zu beziehen. Umstritten, da die Betreiber des Bergwerks ‚unzähliger‘ Menschenrechtsverbrechen / -verstöße beschuldigt werden.³

Im Jahr 2020 zog dies sogar die Aufmerksamkeit der UN auf sich, der damalige UN Sonderberichterstatter für Menschenrechte und Umwelt, David Boyd, forderte eine Unterbrechung der Arbeit des Bergwerks und besseren Schutz für die Indigenen Wayúu, so wie es auch der kolumbianische oberste Gerichtshof gefordert hatte.⁴

Scholz' Ansinnen, den Kohle-Import aus Kolumbien zu erhöhen, rief in Deutschland viele Gegenstimmen hervor, und es wurde zunächst einmal still darum.

Besonders scurril: Am 23. Juni 2022 war die ILO-Konvention 169 zum Schutz Indigener Völker für die BRD rechtsverbindlich geworden; der Import von Kohle aus dem menschenrechtsverletzenden El Cerrejon Kohlebergwerk würde gegen die ILO-Konvention verstoßen. Kolumbien hatte diese Konvention schon 1991 ratifiziert, allerdings ohne sie einzuhalten. Es bleibt abzuwarten, ob hier Besinnung bei der Bundesregierung eintritt.

¹ (siehe auch: www.deutschlandfunk.de/embargo-oel-russland-krieg-ukraine-100.html)

² <https://www.rnd.de/politik/kolumbien-kohle-embargo-gegen-russland-bedroht-menschenleben-XNSRAQYXSFRPHD6EKLYFI3G2QY.html>)

³ <https://www.business-humanrights.org/en/latest-news/colombia-biggest-coal-mine-in-latin-america-carbones-de-cerrej%C3%B3n-accused-of-countless-human-rights-violations-against-indigenous-groups/>

⁴ <https://reliefweb.int/report/colombia/un-expert-calls-halt-mining-controversial-colombia-site>

Atomkraft, Uran und „der Krieg“

In der Öffentlichkeit wenig bekannt und beachtet, bezieht die Europäische Union rd. 20% des benötigten AKW-Brennstoffes Uran aus Russland, weitere rd. 20% aus Kasachstan, das als Russland nahe stehend gilt.⁵ Während für die Bundesrepublik das Thema Atomkraft mit Ende dieses Jahres hinsichtlich Uranbedarf erledigt sein wird⁶, muss die EU weiterhin nahezu 100% des benötigten AKW-Brennstoffes importieren.

Will man mit Sanktionen gegen Russland ernst machen, muss auch für Uran Bezug aus nicht der Russischen Föderation angehörenden oder nahestehenden Staaten organisiert werden. Die Zahl der Anbieter ist überschaubar: weltweit produzieren 8 Länder über 90% des Uranangebots, an der Spitze Kasachstan, gefolgt von Australien, Namibia und Kanada, Usbekistan und Niger, 8 Unternehmen liefern rd. 85% des Angebots, die kasachische KAZATOMPROM alleine 25%.⁷

Als Ausweichmöglichkeiten kämen z.B. Australien oder Kanada in Frage.

Dort jedoch gibt es regelmäßig Konflikte zwischen Uranbergbau-Unternehmen, dem Staat und Indigenen: Die aktuellen kanadischen Uranbergwerke – allesamt im Norden der Provinz Saskatchewan – liegen auf dem Land der Dene, die seit Jahrzehnten gegen die Bergwerke und weitere Exploration opponieren.⁸

In der Provinz Quebec hatten Uranunternehmen seit 2008 versucht, Fuß zu fassen – ohne Erfolg. Die Cree konnten, auch durch gute Zusammenarbeit mit Umweltschutzorganisationen, die Uranbergbau-Pläne stoppen. Seit 2016 besteht ein de-facto-Moratorium.

In Nunavut, im hohen Norden Kanadas, war 2016 ein großes Uranbergbau-Vorhaben nach jahrelangen Auseinandersetzung mit der französischen AREVA von der Inuit-Bevölkerung abgelehnt worden.

In Namibia befindet sich der Uranbergbau inzwischen fest in Händen chinesischer Unternehmen, die in erster Linie Uran für chinesische AKWs gewinnen wollen.

In Australien ist der Uranbergbau ebenfalls stark umstritten. Indigene / Aboriginals stehen ihm in aller Regel ablehnend gegenüber. Das große Ranger Uranbergwerk war 2021 geschlossen worden, eine Erweiterung auf den Abbau benachbarter Vorkommen wurde von den Mirrar und Umwelt-Organisationen abgelehnt.

Das in der Nähe liegende Jabiluka-Uranbergwerk wurde nach über 20jährigem Kampf zwischen Aboriginals, Umweltorganisationen und Unternehmen abgelehnt.⁹ Ein anderes australisches Uranvorkommen, Koongarra, wurde durch die Weigerung des traditionellen indigene Landbesitzers, Jeffrey Lee, sein Land für den Uranbergbau freizugeben, verhindert - heute ist es ein Nationalpark und World Heritage Site.¹⁰

USA – Uran ...

Nicht viel anders sieht es in USA aus: Die einheimische Uranproduktion ist aus verschiedenen Gründen auf Null gesunken. Der AKW-Brennstoff wird zu 100% importiert. Ähnlich wie in der EU, kommen knapp 40% aus der Einflussphäre Russland (16% aus Russland, 22% aus Kasachstan), weitere 22% aus dem benachbarten Kanada, Australien liefert 11% des in USA benötigten Urans.¹¹

⁵ ESA - Euratom Supply Agency, Quaterly and Annual Reports:

https://euratom-supply.ec.europa.eu/publications/esa-annual-reports_en

⁶ "Scholz weist Forderungen nach Laufzeitverlängerungen zurück", 19.06.2022

<https://www.rnd.de/politik/atomkraft-scholz-weist-forderungen-nach-laufzeitverlaengerungen-zurueck-JBM4S6CNWD4FO5KWUBYIIVLRPA.html>

⁷ <https://world-nuclear.org/information-library/nuclear-fuel-cycle/mining-of-uranium/world-uranium-mining-production.aspx>

⁸ <https://www.vice.com/en/article/jmbwx8/a-dene-alliance-formed-to-resist-uranium-and-tar-sands-mining-in-saskatchewan-892>

⁹ <https://www.acf.org.au/jabiluka>

¹⁰ <https://beyondnuclearinternational.org/2018/06/10/jeffrey-lee-saved-koongarra-from-uranium-mining/>

¹¹ <https://www.eia.gov/energyexplained/nuclear/where-our-uranium-comes-from.php>

Versuche der einheimischen Bergbau-Industrie, dem Uranbergbau in den USA wieder zu einem Aufschwung zu verhelfen, blieben auch unter der Präsidentschaft Trumps trotz großen Aufwands vonseiten einiger Unternehmen erfolglos. Unter Präsident Biden wurde zwar der Aufbau einer „nationalen Uranreserve“ angedacht, dann aber kein Geld für deren Aufbau im Haushalt bereitgestellt.¹²

Im Mai 2022 verkündete die US-Energieministerin Jennifer Granholm, dass die USA an einer Strategie arbeiten, um eine stabile Uranversorgung zu gewährleisten. Wie diese aussehen sollte, wurde nicht gesagt.¹³

In verschiedenen Medien wird über ein ‚revival‘, eine Wiederbelebung der heimischen Uranindustrie spekuliert – von US-Uranfirmen sowieso. Im Juni 2022 wird u.a. diskutiert, von Regierungsseite über 4 Mrd. USD für den Aufbau von Uran-Anreicherungskapazitäten bereitzustellen, denn auch damit sind die USA stark von russischen Anlagen abhängig.

Die Bedrohung uranhöflicher Gebiete wächst, auch in der Grand Canyon Region. Das ist auch den Indigenen nicht entgangen, sie sehen diese Entwicklung nach ihren schlimmen Erfahrungen mit dem Uranbergbau mit großen Bedenken. Das fand sogar die Aufmerksamkeit der New York Times.¹⁴

Carletta Tilousi, Havasupai, die mit ihrem Volk seit Jahrzehnten Widerstand gegen das Canyon Mine Uranbergwerk (jetzt: Pinyon Mine genannt) leistet, fand klare Worte: „*But we'll lie down in front of the mine's entrance to keep it from fully functioning if we have to,*“ she added. *“We'll make them understand this is about much more than money.”*

Brasilien

In diesem Abschnitt geht es nicht um Uran – doch die Skurrilität der Vorgehensweise der Regierung Bolsonaro im Schatten des Ukraine-Krieges und der Versuch, in gesetzlich geschützte Territorien indigener Völker einzubrechen, verdient doch Beachtung:

Da Brasilien bislang Düngemittel aus der Ukraine und aus Russland bezog, dies aber derzeit erschwert oder sanktioniert ist, schlug Bolsonaro vor, Düngemittel im eigenen Land abzubauen, und zwar auf dem gesetzlich geschützten Land Indigener Völker. Allerdings liegt nur ein kleiner Teil der relevanten Kali-Vorkommen überhaupt auf indigenem Land.

Indigene protestierten massiv gegen das Gesetz PL 191/2020, das im Schnellverfahren verabschiedet werden sollte. Wissenschaftler zeigten auf, dass Kali auf nicht geschütztem Land abgebaut werden und so der brasilianische Düngemittelbedarf gedeckt werden kann. Auch deutsche Bundestagsabgeordnete protestierten Anfang April mit einem interfraktionellen Brief an Bolsonaro.

Bolsonaros Vorschlag konnte als Vorwand enttarnt werden, das Eindringen in geschützte indigene Territorien zu rechtfertigen. Das Gesetz PL 191/2020 wurde (erstmal) nicht verabschiedet.¹⁵

¹² „President Biden's 2022 budget proposal omits funding of uranium reserve“, Bloomberg Law May 28, 2021,

<https://news.bloomberglaw.com/environment-and-energy/biden-budget-skips-funding-uranium-reserve-sought-by-miners>

¹³ „U.S. working on uranium strategy, should not import from Russia-Granholm“, Reuters, 5. May 2022, <https://www.reuters.com/legal/litigation/us-working-uranium-strategy-should-not-import-russia-granholm-2022-05-05/>

¹⁴ „Why the Debate Over Russian Uranium Worries U.S. Tribal Nations“, New York Times; 6. Mai 2022, www.nytimes.com/2022/05/02/us-uranium-supply-native-tribes.html

¹⁵ „Konzerne erhalten Zugriff auf indigenes Land in Brasilien“

<https://www.amerika21.de/2022/03/257290/brasilien-bergbau-indigenes-land>

„Erfolglose Offensive zur Ausbeutung indigener Gebiete“, Rene Kuppe, in *lateinamerika anders*, Nr. 2, 2022, S. 9-10

Energiehunger der Industrieländer rückt Indigene in die Schusslinie ...

Der Energiehunger der industrialisierten Welt, und die Suche nach Energierohstoffen aus „non-CIS-Staaten“, ausgelöst durch den Krieg in der Ukraine, bringt Indigene erneut in die Schusslinie der Energie-Unternehmen.

Das ist nicht neu.

Neu ist eine beträchtliche Verschiebung – weg von Rohstoffquellen im russischen Einflussbereich. Damit wächst voraussichtlich der Druck auf Rohstoffvorkommen im ‚globalen Süden‘ und auf Indigene Völker.

Den Industriestaaten stünde es gut an, ihren Energiekonsum zu überdenken, statt unter dem Begriff „Versorgungssicherheit“ ihren schier endlos wachsenden Energieverbrauch wie eine Selbstverständlichkeit weiter zulasten der Gesundheit und der Rechte anderer Menschen, insbesondere Indigener, durchzudrücken.

Günter Wippel

13. Juli 2022

<ENDE>